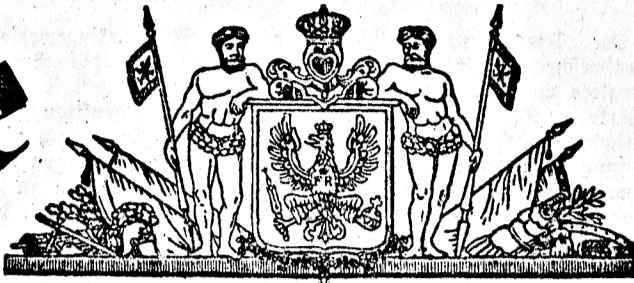


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantw. für die Redaktion (m. Ausn. d. Handstells): i. V. Jul. Eibau in Bln-Tempelhof. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiligt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Ein christlich-soziales Kabinett in Wien?

Schwierige Regierungsbildung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 19. November.

Sehr seltsame Vorgänge haben sich heute in Wien abgespielt. Polizeipräsident Schöber hatte sein Beamtenkabinett um die Mittagsstunde vollkommen aufgebaut, als es wie ein Kartenhaus plötzlich zusammenstürzte. Er hatte nicht, wie er wünschte, ganz selbständig die Portefeuilles an Beamte verteilen können. Christlich-Soziale wie Großdeutsche stellten ihre Bedingungen. Dann, als er sich nach beiden Richtungen gedreht zu haben glaubte, sah er sich plötzlich von allen Seiten verlassen. Da sich Staatssekretär Dr. Mayr für das Bundespräsidium reservieren wollte, versuchte der schwarz-gelbe Flügel der christlich-sozialen Partei, einen ausgesprochenen „Karlisten“, den jungen Baron Glanz, an den Ballplatz einzuschmuggeln. Dieser Baron Glanz hatte sich angeblich auf der Staatskanzlei als fleißiger Bürokrat sehr bewährt; man nahm wohl an, daß er in weiteren Kreisen politisch zu unbekannt sei, als daß es Widerstand geben könnte. Aber die Großdeutschen waren auf der Hut.

So wurde die Kandidatur des Prinzen Karl Emil Fürstenberg vorgebracht, der zwar auch ein Schwarz-Gelber ist, aber doch auch so deutschfreundlich, daß ihn die Großdeutschen hingenommen hätten. Hier soll ganz unerwartet ein Botschafter der Entente mission gekommen sein. Prinz Fürstenberg hatte in Madrid als k. u. k. Botschafter „deutsche Propaganda“ getrieben. Er hatte obendrein beim Zusammenbruch an Kaiser Karl einen so scharfen Brief geschrieben, wie ihn angeblich noch nie zuvor ein Diplomat an seinen Herrn und Kaiser gerichtet hatte. Fürstenberg, der dem rechten Flügel der Christlich-Sozialen unter den gegenwärtigen Umständen dennoch als eine ideale Lösung erscheint, war den Entente-Delegierten ein zu patentierter Deutschfreund.

Dann kam um 1 Uhr nachmittags einstimmig der Beschluß der Großdeutschen Volkspartei, daß sie kein Kabinett unterstützen werde, dem Professor Dr. Joseph Redlich angehöre. Schöber und auch der christlich-soziale Führer Prälat Seipel hielten den Professor Redlich, den Finanzminister Kaiser Karls im letzten k. u. k. Kabinett Lammasch, für besonders geeignet, weil er dank seiner „Beziehungen“ jetzt außerordentliche Dienste leisten und Londoner Kredite spielend beschaffen könnte.

Um das Maß des Unglücks vollzumachen, zeigten sich bald auch die früheren k. u. k. Minister Freiherr v. Soman und Freiherr Vanhans nicht geneigt, die ihnen zugeordneten Portefeuilles anzunehmen, vielleicht in der Ueberzeugung, daß sie selbst in nicht zu ferner Zeit Ministerpräsidenten sein könnten. Schöber sah sich genötigt, seinen christlich-sozialen Auftraggebern zu erklären, er verzichte auf die Fortsetzung seiner Bemühungen.

Vom deutschen Standpunkt aus konnte man das Scheitern der Kabinettsbildung, wie sie beschlachtet war, nicht bedauern, so schätzenswert Polizeipräsident Schöber als erfahrener und energischer Verwaltungsbeamter ist. Sein Kabinett hätte nach seinem Plan der Zusammenfügung einen Reaktionsversuch und einen Wechsel des deutschen Kurses bedeutet. Er hätte persönlich Wandlungen mitverantworten müssen, die kaum seiner eigenen gut deutschen Ueberzeugung entsprochen hätten.

Die Großdeutsche Partei erklärte, daß sie alles getan habe, um die Bildung des Kabinetts Schöber zu erleichtern, soweit sich dies mit ihren Grundsätzen vereinbaren ließ. Sie wollen jedes christlich-soziale Kabinett unterstützen, wenn es Bürgschaften gebe erfassen in der westungarischen Frage, zweitens in der Anschlußfrage.

Man nimmt an, daß jetzt die christlich-soziale Partei selbst die Bildung der Regierung übernehmen und auch offen die Verantwortung tragen werde, die ihr als regierender Partei zukommt. Dies wünschen sowohl die Großdeutschen wie die Sozialdemokraten; sie selbst wünschte es nicht, da die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte während des Winters bedenklich groß sein wird und sie nicht wissen kann, ob sie ihre großen Wahlversprechungen auch nur halbwegs erfüllen kann. Darum beriefen sie nachmittags abermals die Großdeutschen zu einer gemeinsamen Besprechung. Daß sie den Polizeipräsidenten Schöber zuzogen, bewies schon, wie angestrengt sie sich bemühen, den Gedanken eines Beamtenministeriums durchzuführen. Es kam bei dieser Besprechung zu scharfsten Auseinandersetzungen und zu der — von den Großdeutschen nicht ernst genommenen — Drohung, daß ihr Widerstand gegen einzelne der in

Vorschlag gebrachten Beamtenminister schließlich zur Rückkehr zu einer rot-schwarzen Koalition führen werde. Die Großdeutschen wissen, daß die Sozialdemokraten in nächster Zeit unter keinen Umständen sich an irgend einer Regierung beteiligen werden.

In der achten Abendstunde wurde mit einer neuen Beurlaubung des Polizeipräsidenten Schöber gerechnet, und es ist sehr wohl möglich, daß nach dem harten Streit morgen 11 Uhr vormittags dem Hauptauschuß dennoch das neue Beamtenkabinett vorgestellt wird, wobei Fürstenberg vielleicht doch als Minister des Äußern erscheinen wird, da selbst die Christlich-Sozialen sich nicht durch den Widerspruch der Entente beeinflussen lassen wollen.

Neue Kampfansage an Polen?

London, 19. November. (W. T. S.)

Wie die „Times“ meldet, hat Schiffschierin die französische Regierung benachrichtigt, daß Polen seine Angriffe auf Sowjetrußland fortsetze, daß es General Petljura unterstütze, und daß die Sowjetregierung mit Polen nicht im Frieden leben könne.

Moskau, 18. November.

Aus Sewastopol ist die Meldung eingetroffen, daß die letzten Wrangelstruppen am 13. November Simferopol verlassen haben, das von den roten Abteilungen der 2. Rotenarmee eingenommen wurde. Am 14. November wurde in Sewastopol ein Revolutionskomitee gebildet, nachdem die Stadt von den weißen Truppen verlassen worden war. Am 15. November zogen in Sewastopol Teile der 51. Infanterie-Division und der 2. Reiterdivision ein. Auch in Jalta hat ein Revolutionskomitee die „revolutionäre Ordnung“ eingeführt. 10 000 ehemalige Wrangelsoldaten und einige zurückgebliebene Generale werden nach Norden befördert.

Große Debatte im Reichstage.

Sozialisierungsfrage. — Elektrizitätsarbeiterstreik. — Kapitalverschiebungen.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat, wie wir angekündigt haben, Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung bereit sei, die Interpellation über die Kapitalverschiebungen ins Ausland in der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. Die gleiche Erklärung hat der Reichsminister des Innern Dr. Koch bezüglich der Interpellation der Deutschnationalen über den Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin abgegeben.

In der heutigen Sitzung wird die Interpellation über die Sozialisierungsfrage besprochen. Für die Regierung spricht der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz und nicht der Reichskanzler. Nach der Sozialisierungsdebatte soll noch in die Lösung des Gesekentwurfs über die Autonomie für Oberschlesien eingetreten werden. Die Montagssitzung des Reichstages wird in der Hauptsache der Erörterung der Interpellation über die Kapitalverschiebungen gewidmet sein. Es wird damit gerechnet, daß diese Debatte am Montag noch nicht geschlossen werden kann, und daß ihr auch vielleicht die Dienstag-Sitzung gewidmet werden müssen. In diesem Falle wird die Interpellation der Deutschnationalen über den Streik der Elektrizitätsarbeiter erst am Mittwoch verhandelt werden können, andernfalls aber schon am Dienstag. Jedenfalls stehen im Reichstage drei große Aussprachen mit starkem politischen Einschlag bevor.

Den Bericht über die gestrige Sitzung geben wir in der Beilage wieder.

Präsidentenkrise im bayerischen Landtag.

München, 19. November. (W. T. S.)

Im Landtag hat heute Abg. Leonhard für die U. S. P. in einer längeren Erklärung die Geschäftsführung des Landtagspräsidenten Königbauer beanstandet und gesagt, er habe schwer beleidigende Beschimpfungen des Abg. Feld gegen den Abg. Gareis (U. S. P.) nicht gerügt und die Redefreiheit des Abg. Neumann (U. S. P.) verfassungswidrig beschränkt. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag Feld (bayr. Vp.) auf ein Vertrauensvotum für den Präsidenten mit allen Stimmen gegen die der U. S. P. angenommen. Abg. Leonhard (U. S. P.) erklärte hierauf, daß seine Fraktion nach dieser Abstimmung den Abg. Gohler beauftragt habe, sein Amt als 2. Vizepräsident sofort niederzulegen, und sich nicht mehr am Präsidium beteiligen werde.

Der Prager Putsch.

Von

Richard Ras,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Prag, 19. November.

Der Legionärputsch ist abgeblasen worden, bevor er seinen letzten noch unausgesprochenen Zweck erreicht hat: die Neubesezung der obersten Staatsstellen. Daß dies das Endziel war, mußten alle erkennen, denen die Psychologie Prager Demonstrationen geläufig ist. Die Regierung wußte es vom ersten Tage an, aber sie war zu schwach, einzugreifen, so wie sie zu schwach gewesen war, in Teplitz und Eger Ruhe zu schaffen. Nur unwillig ertrugen die tschechischen Parteien ein Beamtenkabinett, und dieses vermochte sich nur durch allerlei Zugeständnisse an die Tschechisch-Nationalen von Abstimmung zu Abstimmung durchzusetzen. Seine für die Innenpolitik stärkste Individualität, der Finanzminister Engliš, hat vor einer Woche demissioniert. Nirgends zeigte sich ein Weg zu der einer Demokratie einzig würdigen Regierungsform: einem parlamentarischen Ministerium. Der Gedanke einer alttschechischen Koalition scheiterte an der tiefen Verftimmung zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und der Kramarsch-Partei. Die Eintritt der deutschen Sozialdemokratie ins Kabinett, auf das Masaryk hinarbeitet, wird durch die innere Zerklüftung dieser Partei erschwert.

Letzten Endes will kein Mensch die Regierung Czernys, aber nichtsdestoweniger verlängert sich ihre Amtstätigkeit immer wieder, weil der Widerstand gegen sie immer noch geringer ist als der, welcher die Parteien untereinander scheidet. Im schärfsten standen die Deutschbürgerlichen in Opposition. Der Flugverbotliche Lufar hatte die nationalen Krisen abzustumpfen verstanden. Der unsichere Czerny wagte es nicht, der stürmischen Kramarsch-Partei zu widersprechen. Aus Schwäche wurde er ungerecht. Durch ständig gesteigerte nationale Repressalien wuchs die Hitze. Auf den Sturz der Joseph-Denkmal folgte der „Wacht am Rhein“-Gefang in der Kammer und die Demolierung der tschechischen Schule in Eger. Die Spannung war zu groß, als daß ein von allen Parteien gering geachteter „Beamtenpremier“ sie hätte überwinden können, ohne daß eine ziffernmäßig nicht bedeutende Gruppe Bedenkenloser ihre Zeit gekommen sah. Persönliche Feinde Masaryks sind in ihr und überzeugte Extrem-Nationale, die Vorschut Kramarsch, und Ehrgeizige, die in der Republik kein Amt finden, auch bloße Katalinarien, Eigennützte, denen jede Lockerung der Staatsautorität willkommen ist.

Der nationale Teil der aus Sibirien heimgekehrten Legionäre, Männer, die fünf Jahre lang ein stets gefährdetes Landsknechtleben führen mußten und nun in der Heimat demobilisiert werden sollen, ohne sich ins bürgerliche Leben einfinden zu können, waren unschwer zu gewinnen. Diese Parteinahme mußte den Erfolg des Putsches sichern, denn nach jahrelanger Verherrlichung der tschechischen Legion, nach ihrer ausgesprochenen Bevorzugung vor dem regulären Militär hatte niemand es gewagt, ihrer Gewalt mit gleicher Gewalt zu begegnen. Die als „Oesterreicher“ verachteten Stadtpolizisten, die man ohne Schußwaffen ausrücken läßt, waren als Gegner nicht ernst zu nehmen. Tatsächlich haben sie auch nirgends ernsthaft Widerstand geleistet. Bloß die Gendarmerie hat sich als zuverlässig erwiesen.

Der Plan war, der „Rache für Eger“ eine diktatorisch starke, von den Legionären gestützte Herrschaft des Staates folgen zu lassen. Wie schlaue die Hintermänner der Bewegung dabei vorgingen, war aus den Reden der Aufwiegler zu erkennen. Einer von ihnen hielt an den Straßenecken folgende kurze Rede:

„Man redet Euch ein, daß Deutsche und Juden auch Menschen sind. Das ist nicht wahr. Deutsche und Juden sind Parasiten, die wir uns vom Leib schaffen werden. Es gibt allerdings auch unter uns Tschechen einen Mann, der anderer Meinung ist — das ist eben ein Philosoph!“

Ich muß feststellen, daß sich unter den Zuschauern dieses Redners auch Widerspruch geltend machte, der diese Anspielung auf den Präsidenten nicht dulden wollte. Aber der Zulauf aus den dunkelsten Vorstädten war schon so stark, daß die Ruhigen sich nicht durchzusetzen vermochten. Deshalb auch jene, die den alten Masaryk zurückhielten, selbst zum Volke zu sprechen und vor ihm die Worte zu wiederholen, mit denen er schon einmal eine Abordnung übernationaler tschechischer Frauen abgefertigt hatte: „Von der Gasse lasse ich mich nicht kommandieren!“ Nur, daß diesmal nicht die von einigen hamnungslos schreibenden Blättern aufgemunterte Gasse rebellierte, sondern eine sehr klug berechnende intellektuelle Gruppe, welche die Gasse rief und sie später für sich gewonnen hat.

Es war ein Demagogen-, kein Demokratenputsch. Daß er nach drei Tagen endete, ohne sein Ziel erreicht zu haben, freiwillig endete — denn gerade jene Gruppe, die ihn arrangiert hatte, bändigte ihn —, das liegt